Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1268.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Beilagen „Nach der Arbeit" und „Volk und Zeit" für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telephon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 203 | Dresden, Sonnabend den 30. August 1924 | 35. Jahrg.

Die erschacherte Zweidrittelmehrheit

Die Hälfte der Deutschnationalen für die Gutachtengesetze — Die entlarvten Volksbetrüger — Deutschnationale Käuflichkeit — Brotwucher als 1. Ratenzahlung

Unmöglich, sagten die, die an eine Reichstagsauflösung glaubten, es ist unmöglich, daß die Deutschnationalen dem Dawes-Gutachten zur Annahme verhelfen können! Sie haben die Erfüllungspolitik jahraus, jahrein geschmäht, haben die Erfüllungspolitiker nur noch Verräter und Steuereintreiber der Entente genannt, haben das neue Londoner Abkommen noch bis in die letzten Tage hinein ein Schandwerk, einen Verrat an Deutschland genannt — sie können unmöglich umfallen, trotzdem sie gern möchten . . .

Das Unmögliche ist gestern geschehen, denn was heißt bei einer solch skrupellosen Demagogenpartei unmöglich? Nicht weniger als 55 Deutschnationale sind am Freitag bei der endgültigen Abstimmung über das Eisenbahngesetz umgefallen. Sie haben bei der vorausgehenden einfachen Abstimmung über das Gesamtgesetz genau wie in der namentlichen Abstimmung am Schlusse der zweiten Lesung gegen das Eisenbahngesetz gestimmt, das sie dann doch in dritter Lesung annahmen. Sie haben das getan auf gegenseitige Verabredung innerhalb der Fraktion und unter Anwendung der übelsten Täuschungsmanöver, die sonst nur in Falschspielerhöllen möglich sind. Sie sind umgefallen, ohne daß der Reichskanzler Marx vorher die von ihnen verlangte Erklärung abgab. Sie wollten sich gern verkaufen, aber niemand zahlte den geforderten Preis! Sie haben in ihrer Mehrheit für das Gesetz gestimmt und seine Annahme ermöglicht, ohne jede Sicherheit darüber, daß sie in den nächsten Wochen den Reichskanzler stellen, und ohne Gewähr dafür, daß sie weitere zwei Minister erhalten. Nichts von all den Forderungen, auf Grund deren Erfüllung sie eigentlich umfallen wollten, wurde vorher durchgesetzt. Sie haben die Annahme der Gesetze bedingungslos ermöglicht und die „Versklavung", das „Versailles" und den „Schandvertrag von London" geschluckt, ja, sie sind in ihrer Mehrheit unter die Erfüllungspolitiker gegangen, obschon sie allein von der Gegnerschaft zur Erfüllungspolitik jahrelang, insbesondere im letzten Wahlkampf, gelebt haben. Selbst ihrer Demagogie wurden sie im letzten Augenblick unreif, als es hieß, den deutschen Mannesstolz zu beweisen und für ihre eigene Politik einzutreten. Sie bestätigten jämmerlicher, wie es kaum jemand gedacht hat, daß unser Volk fünf Jahre lang von ihnen belogen und betrogen wurde. Das ist die Quittung, die sie ihren Wählern für die Naivität vom 4. Mai zuteil werden lassen.

Handelt so eine deutsche, eine nationale Partei? Ist das überhaupt eine Partei, die gestern noch von Schmach und Schande redete und heute diese Schmach und Schande zum Gesetz werden läßt? Ist das eine Partei, deren Fraktionsvorsitzender am Montag der Regierung ein dreifaches Mißtrauen aussprach, dann aber in der Mehrheit wenige Tage später dieser Regierung, deren sie sich angeblich bisher „geschämt" hat, durch die Annahme der Londoner Vereinbarungen das Vertrauen ausspricht? Nur dort, wo Verantwortungslosigkeit und Verwahrlosung regieren, ist ein derartiger Zustand möglich. In der Tat, niemals ist in der parlamentarischen Geschichte der Welt eine derartige Lumperei begangen worden, wie sie am Freitag von den Deutschnationalen zugestanden wurde. Niemals hat eine Partei der Welt mit derartig heuchlerischen Mitteln gearbeitet, um später das Gegenteil dessen zu tun, was nicht weniger als fünf Jahre lang als „nationale Pflicht" propagiert wurde.

Jetzt haben sich die Deutschnationalen selbst die Maske vom Gesicht gerissen. Sie haben zugegeben, daß sie die Väter der Ruhrbesetzung, der Inflation und all des Elends sind, das unser Volk in den letzten Jahren überstehen mußte; denn ohne deutschnationale Politik wäre Deutschland weiter, wären wir dem endgültigen Wiederaufbau näher, und manchem Greis, vielen Müttern und Kindern wäre das Los, an Unterernährung dahinzusiechen, erspart geblieben. Diese Deutschnationalen, die niemals deutsch und national handelten, die nur ihrem Klassenegoismus frönten — sie verschulden nicht nur die Verlängerung des Krieges, nein, am Freitag haben sie selbst das offene Geständnis abgelegt, daß sie auch an dem Kriege, der mit andern Mitteln nach dem 9. November 1918 gegen unser Volk geführt wurde, ein wesentliches Maß von Schuld tragen.

Die Sozialdemokratie, die an sich die Auflösung des Reichstags gewünscht hätte, um das Volk selbst zur Entscheidung über die Londoner Vereinbarungen anzurufen und einem Parlament ein Ende zu machen, das augenblicklich nichts andres ist als eine schlechte Koschemmendude, hat keinen Anlaß, darüber zu trauern, daß ihre Wünsche nicht in Erfüllung gegangen sind. Keine Partei steht heute gerechtfertigter da als die Sozialdemokratie. Sie hat von jeher die Politik der Erfüllung als das kleinere Uebel betrachtet und versucht, durch diese Politik die nationale Freiheit unsres Volkes wiederzuerlangen und einen Wiederaufbau zu ermöglichen. Viel Blut und Tränen hat es gekostet. Erst mußten Erzberger und Rathenau dahingemordet werden — damit sich dann auch die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit zu einer Politik bekannten, die sie jahrelang mit den übelsten Mitteln befehdet haben. Immerhin, die Abrechnung kommt auch für jene Schandtaten, die unter dem Deckmantel des Deutschtums und des Nationalbewußtseins begangen worden sind. Und daß sie kommt, dafür zu sorgen muß jetzt Aufgabe der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sein. Die bevorstehenden Preußenwahlen dürften die erste Gelegenheit bieten, der Sorte von Menschen eine gebührende Quittung zu erteilen, die ehrliche Patrioten während des Krieges und nach Beendigung des bewußt verlängerten Völkermordens unter stillschweigender Duldung der bedrückten Volksmehrheit als „Volksverräter" beschimpften, deren Politik sie sich heute aber zu eigen gemacht haben.

Gemeinsam mit der Vorbereitung für die große Auseinandersetzung in Preußen wird die parlamentarische Abrechnung der Sozialdemokratie mit den Deutschnationalen im Reichstage einsetzen. Es gilt jetzt, den nachträglichen Preis für den deutschnationalen Umfall zu verhindern, bis daß der jetzige Reichstag, der seines Lebens nicht wert ist, aufgehört hat, zu existieren. Kein Zweifel, aus Angst vor der deutschnationalen Wählerschaft wird jetzt der Schacher mit der Volkspartei aufs neue beginnen, um zur Beruhigung der enttäuschten Anhänger recht bald einen möglichst nachträglichen Preis herauszuschlagen. Was stört unsre Volksparteiler die Meinung des Auslandes? Was hindert sie die Verachtung unsres Volkes vor einer Partei, die jahrelang von der Lüge gelebt hat? Wir sind überzeugt, die Fraktion des Herrn Stresemann wird alles tun, um die Blamage ihrer schwarzweißroten Freunde möglichst gering erscheinen zu lassen. Sie stehen einander nahe und sind einander wert!

Der Anfang mit dem neuen Schacher wird bereits heute bei Beratung der Schutzzollvorlage im Reichstage gemacht werden. Das ist der erste Versuch, den deutschnationalen Umfall mit Arbeitergroschen zu bezahlen, denn der Schutzzoll bedeutet im gegenwärtigen Augenblick nichts andres als die Erhöhung aller notwendigen täglichen Bedarfsartikel des arbeitenden Volkes. Wie ein Mann muß die sozialdemokratische Arbeiterschaft in diesem Kampfe, der mit allen Mitteln geführt werden wird, hinter ihrer Reichstagsfraktion stehen. Es gilt nicht nur, den Preis für einen jämmerlichen Umfall abzuwehren, **sondern auch so schnell als möglich die Generalabrechnung mit den deutschnationalen Volksverderbern herbeizuführen.** Das Volk muß sein Urteil darüber fällen, ob die Verräter an der deutschen Sache noch bezahlt werden sollen oder ob sie von der Bildfläche zu verschwinden haben. Deshalb sagen wir auch heute noch: **Fort mit diesem Reichstag des Bürgerblocks, der Schacherei und der Käuflichkeit!**

• • •

Die volksparteiliche Offerte

Der Kuhhandel zwischen den Deutschnationalen und der Volkspartei in den letzten Tagen vor der entscheidenden Abstimmung im Reichstage wurde auf Grund folgender Entschließung der Deutschen Volkspartei vom 28. August eingeleitet, die den Deutschnationalen mitgeteilt worden ist:

„In entscheidender Stunde wendet sich die Fraktion der Deutschen Volkspartei an die Deutschnationalen: Wir haben alles Verständnis dafür, daß in den Reihen der Deutschnationalen Volkspartei bittere Enttäuschung über das in London Nichterreichte herrscht. Wir teilen diese Empfindung. Der Londoner Pakt ist nur erträglich, wenn man ihn als einen ersten Schritt in der Richtung der Neugestaltung der weltpolitischen Lage zu Deutschlands Gunsten und zugleich als das einzige heute gegebene Mittel zur Befreiung von Rhein und Ruhr aus den Fesseln der französisch-belgischen Pfandpolitik betrachtet. Es kommt alles darauf an, auf diesem Wege zielbewußt vorauszuschreiten und mit allen Kräften das nachzuholen, was in London noch nicht durchgesetzt werden konnte. Zur Mitwirkung an dieser Zukunftsarbeit rufen wir die Deutschnationale Volkspartei auf. Wir haben seit den Reichstagswahlen danach gestrebt, die wertvollen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte der Deutschnationalen Volkspartei zur verantwortlichen Mitarbeit an den Reichsgeschäften heranzuziehen. Wir erklären heute, daß wir diese Mitarbeit bei der Durchführung des Londoner Paktes und des innerpolitischen Wiederaufbaues für notwendig halten. Uebernimmt die Deutschnationale Volkspartei die Verantwortung am Zustandekommen des Londoner Paktes mit, so wird die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mit allen Mitteln auf eine ihrer Bedeutung entsprechende Teilnahme der Deutschnationalen an der Reichsregierung bestehen. Diesen Standpunkt haben unsre Vertreter bei allen Aussprachen der letzten Woche eingenommen. Wir halten es für unsre Pflicht, dieses auch ausdrücklich zu wiederholen."

Die Mitteilung der Deutschen Zeitung, daß die Volksparteiler den Deutschnationalen bereits vier Ministersessel und den Reichskanzlerposten angeboten haben, wird von der Volkspartei jedoch offiziell bestritten. In dem Dementi heißt es ausdrücklich, daß nicht ein Ministersitz angeboten worden ist. Dieses Dementi dürfte mit der Wahrheit wenig übereinstimmen, denn ohne die stillschweigende Zustimmung der Deutschen Volkspartei dürfte Herr Hergt am Freitag an den Reichskanzler Dr. Marx nicht das Ansinnen gestellt haben, bis zum 30. September zurückzutreten und den Deutschnationalen das Reichskanzleramt zu überlassen. Der Reichskanzler Marx hat dem deutschnationalen Parteiführer auf die freche Forderung die richtige Antwort erteilt, indem er ihn stehen ließ. Der Vorstand der Zentrumsfraktion hat sich ausdrücklich mit Dr. Marx solidarisch erklärt, so daß die Deutschnationalen trotz der Volkspartei am Freitag bedingungslos für das Eisenbahngesetz stimmten. Auf die platonische Erklärung der Volkspartei brauchen sie sich vorläufig nichts einzubilden. In den Reihen des Zentrums und der Demokraten wird ausdrücklich erklärt, daß die Volksparteiler kein Recht hatten, für sie irgendwelche Erklärungen abzugeben.

•

Wie sag ich's meinem Kinde

Zu dem deutschnationalen Umfall wird von der deutschnationalen Parteileitung eine Erklärung veröffentlicht, in der es heißt:

In der Beurteilung des Londoner Abkommens, der Notwendigkeit seiner Verbesserung, der Gefahren eines drohenden Linksrutsches sind alle Mitglieder der deutschnationalen Fraktion einig.

Bei dieser gemeinsamen Grundauffassung haben die Abgeordneten, die mit Nein stimmten, dem Gedanken der Unvollkommenheit der Londoner Ergebnisse und der wirtschaftlichen Unerträglichkeit der Abkommen den Vorrang gelassen, während die Ja-Stimmen auf die Erwägung zurückgingen, daß durch das Vermeiden einer akuten Krise durch Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der Regierung und durch Einflußnahme auf die Durchführung der Gesetze im Sinne einer stetigen Verbesserung den außenpolitischen Notwendigkeiten genügt werde. Die Fraktion, die keinerlei Fraktionszwang ausgeübt hat, sieht den Mißdeutungen ihrer Gegner mit Ruhe entgegen.

Was soll das Gerede? Die Deutschnationalen haben mit Anträgen allerhand Veränderungen der Dawes-Gesetze gefordert, ohne damit durchzudringen! Sie haben den Londoner Pakt einen Verrat am deutschen Volke genannt. Das Volk weiß Bescheid und muß sich alles weitere kindische Gerede der Volksbetrüger verbitten.

• • •

Die historische Sitzung

28. Sitzung. Freitag, 28. August. 10 Uhr.

Einzelberatung zur dritten Lesung der Gutachtengesetze.

Die neun Vorlagen werden wieder in vier Gruppen eingeteilt. Vor Beginn der Beratung nimmt das Wort

Reichskanzler Marx:

Zu den vorliegenden Gesetzentwürfen ist von verschiedenen Parteien eine Anzahl von Anträgen und Entschließungen eingebracht worden. Zu den darin aufgeworfenen Fragen habe ich namens der Reichsregierung folgendes zu erklären:

Die Anträge beziehen sich in erster Linie auf das Schicksal der besetzten Gebiete. Die Reichsregierung kann sich die Grundgedanken, aus denen diese Anträge hervorgegangen sind, durchaus zu eigen machen. Sie hat es stets als das wichtigste Ziel ihrer internationalen Verhandlungen über das Sachverständigen-Gutachten angesehen, mit der Uebernahme der darin festgesetzten Verpflichtungen die Befreiung von Rhein und Ruhr herbeizuführen. Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, wird die Reichsregierung das schwere Opfer, das dem deutschen Volke mit den Lasten des Gutachtens zugemutet wird, als vergeblich ansehen müssen. Die Reichsregierung glaubt nach dem Verlauf der Londoner Konferenz darauf vertrauen zu können, daß dieses Ziel schon vor dem Ablauf der in London vorgesehenen Maximalfrist von einem Jahre erreicht werden wird. Jedenfalls wird sie alle ihre Kräfte dafür einsetzen, daß dies geschieht.

Die Annahme der Londoner Vereinbarungen

wird ihr die Grundlage dafür geben, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß alle über den Vertrag von Versailles hinaus besetzten Gebiete schon erheblich vor dem Ablauf jener Maximalfrist geräumt werden, und daß in den altbesetzten Gebieten eine loyale und gerechte Handhabung des Rheinlandabkommens sichergestellt wird. Die Reichsregierung nimmt an, daß insbesondere auch die bevorstehenden Verhandlungen mit Frankreich und Belgien über handelspolitische Fragen die Erreichung des Zieles der Befreiung von Ruhr und Rhein beschleunigen werden.

Die Reichsregierung kann sich demnach auch den von der Deutschnationalen Volkspartei gestellten Anträgen in ihren Grundgedanken anschließen.

Sie kann ihnen indes in der vorgeschlagenen Form nicht zustimmen. Die Anträge sind in die Form einer Suspensivbedingung für das Inkrafttreten der Londoner Vereinbarungen gekleidet. Würde diese Form beibehalten, so bestände die Gefahr, daß damit das Ergebnis der Londoner Konferenz zu Fall gebracht würde. Die Reichsregierung ist daher der Ansicht, daß **der Grundgedanke der Anträge in andrer Weise verwirklicht werden muß und auch verwirklicht werden kann.**

Weitere Anträge der Parteien beziehen sich auf die Möglichkeit, daß die Lasten des Sachverständigen-Gutachtens die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigen. Ich möchte in dieser Hinsicht auf die durchaus zutreffenden Feststellungen des Antrags der Deutschen Volkspartei hinweisen, wonach sowohl der Versailler Vertrag als auch das Sachverständigen-Gutachten und die Londoner Vereinbarungen der Reichsregierung ausreichende Mittel an die Hand geben, jeder Ueberschreitung der Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit entgegenzutreten. Die Reichsregierung wird, wenn tat-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19240830/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG